

Beantwortung der gemeinsamen Wahlprüfsteine des Verbandes unabhängiger Musikunternehmen (VUT) und des LAG Songkultur Thüringen zur Landtagswahl 2019

Der Thüringer AfD-Landesverband bedankt sich für die Zusendung Ihrer Wahlprüfsteine. Kunst und Kultur sind in den Augen der Thüringer AfD von größter gesellschaftlicher und politischer Bedeutung, nicht zuletzt weil in ihnen unser individuelles wie unser kollektives Selbstverständnis zum Ausdruck kommt. Kulturelle Bildung und kulturelles Schaffen formen Identität und bieten die Möglichkeit der Identifikation für die einzelne Person wie für Gruppen und die Bürgergemeinschaft im Ganzen. Darüber hinaus sind Kunst und Kultur gerade in einem von seiner Kulturlandschaft besonders tief geprägten Land wie Thüringen auch von großer wirtschaftlicher Bedeutung, etwa im Bereich des Tourismus.

Vor diesem Hintergrund war der Thüringer AfD die Förderung gerade der Musik von Anfang an ein besonderes Anliegen. So haben wir bereits im Landtagswahlprogramm 2014 gefordert, dass ein Thüringer Musikschulgesetz auf den Weg gebracht werde, um dem hohen Stellenwert der musikalischen und künstlerischen Bildung und einem entsprechenden Bedarf seitens der Betroffenen Rechnung zu tragen. Dementsprechend hat die AfD-Fraktion im Thüringer Landtag den Entwurf eines Musikschulgesetzes im Parlament eingebracht, der indes von allen anderen Fraktionen abgelehnt wurde.

Wir erlauben uns, die Fragen zu den von Ihnen angesprochenen Themenbereichen pauschal zu beantworten.

1. Bedeutung der Musikwirtschaft

Die Kreativ- und Musikwirtschaft stellt einen zwar eher kleinen, aber für unser kulturelles Leben doch auch bedeutsamen Teil der Thüringer Kulturlandschaft dar – man denke auch etwa an Events wie das Sonne Mond Sterne-Tanzfestival oder das Musikfestival in Rudolstadt. Dieser Wirtschaftszweig sollte günstige Bedingungen zu seiner Entfaltung vorfinden und auch im Bereich des Kulturtourismus und des entsprechenden Marketings angemessen zur Geltung kommen. Der Freistaat kann hierfür die Rahmenbedingungen schaffen, ist aber nach unserer Auffassung nicht selbst dafür verantwortlich „den Bereich der Musikwirtschaft [...] weiterzuentwickeln“. Die Impulse zur Entwicklung der Musikbranche müssen von den Akteuren selbst kommen. Die Thüringer AfD setzt sich dafür ein, dass diese Akteure möglichst gute Bedingungen vorfinden, damit sie in Thüringen bleiben und unser kulturelles Leben bereichern.

2. Stellung von kleinen und mittleren Musikunternehmen

Die kleinen und mittleren Unternehmen stellen das Rückgrat der Thüringer Wirtschaft dar. Die AfD setzt sich generell für eine Entlastung gerade dieser Unternehmen ein. Beispielsweise wollen wir, dass der immer größer werdende Verwaltungsaufwand für Unternehmen, der eine Folge fragwürdiger Normen darstellt, effektiv reduziert wird. Man denke etwa an die belastenden Folgen, die die Datenschutzgrundverordnung für die Unternehmen hat. Zudem wollen wir, dass die exorbitanten Strompreise, die die unmittelbare eine Folge einer fehlgeleiteten und ideologischen Energiepolitik sind, wieder auf ein vernünftiges Niveau gebracht werden. All diese von uns angestrebten Maßnahmen werden auch den kleinen und mittleren Musikunternehmen zugute kommen.

3. Passgenaue Förderung der Musikwirtschaft

Die Mittel, die der Landeshaushalt für Kulturförderung zur Verfügung stellt, können prinzipiell auch der Musikwirtschaft zugutekommen. Wo die Instrumente der Kulturförderung besser auf die Belange der Musikbranche zugeschnitten werden können, wird sich die AfD einer entsprechenden Überarbeitung insbesondere unter dem Gesichtspunkt der Gleichbehandlung von Akteuren des Kulturlebens nicht verschließen. Was die spezifisch strukturelle Wirtschaftsförderung angeht, so gibt es bereits heute eine Reihe von Fördermöglichkeiten etwa nach dem Mittelstandsfördergesetz, die nach unserer Einschätzung angemessen sind.

4. Wahrnehmung einer vielfältigen Musiklandschaft

Ungeachtet der Tatsache, dass die AfD das öffentlich-rechtliche Rundfunksystem grundlegend umgestalten, das heißt: deutlich reduzieren und außerdem die Finanzierung durch Zwangsbeiträge abschaffen möchte, bleibt festzuhalten, dass die Programmgestaltung der öffentlich-rechtlichen Rundfunksender weder dem Parlament noch der Landesregierung obliegt. Daran wird die AfD nichts ändern. Generell sind wir der Auffassung, dass durch die Übertragungs- und Verbreitungsmöglichkeiten, die heute insbesondere durch das Internet eröffnet sind, die kulturelle Vielfalt mehr Raum hat als je zuvor. Auch die Möglichkeiten, die der sog. Bürgerfunk bietet, sind hierher zu rechnen. Generell setzt sich die Thüringer AfD für eine Stärkung des Bürgerfunks im Freistaat ein. Dessen konkrete Ausgestaltung ist aber wiederum nicht Aufgabe der Politik.

5. Förderung des Musiklebens

Obleich sich das Feld der Musik in den zurückliegenden Jahrzehnten stark ausdifferenziert hat und manche Grenze zwischen den Genres bzw. Musikstilen an Klarheit verloren hat, halten wir die Unterscheidung von Kunstmusik und populärer Musik oder von „E-“ und „U-Musik“ auch heute für sinnvoll, ohne damit ein Urteil über die Wertigkeit eines der Stile abzugeben. Der Kulturpolitik des Staates obliegt es, günstige Rahmenbedingungen zu schaffen, damit sich jede Art des Kunst- und Kulturlebens entfalten kann, wobei der Staat bei seiner Förderpolitik auch sachlich begründet differenzieren darf. Nach unserer Auffassung ist die gegenwärtige Fördersituation für populäre Musik in Thüringen im Großen und Ganzen angemessen. Hierin sehen wir uns unter anderem dadurch bestätigt, dass die Umsätze im Bereich der populären Musik deutschlandweit zuletzt (2018) moderat gestiegen sind, während sie im Bereich der Klassik deutlich eingebrochen sind.

6. Entlohnung von Künstlern

Aufgrund der Vertragsfreiheit und der Tarifautonomie sind die Möglichkeiten des Staates, in die Honorarstruktur bei den freien Künsten steuern einzugreifen, begrenzt. Auch hier gilt, dass der Staat gute Rahmenbedingungen schaffen kann und dies nach unserer Überzeugung auch tun sollte. Letztlich dürften Künstler dann in Thüringen bleiben, wenn die allgemeinen wirtschaftlichen und infrastrukturellen Bedingungen gut sind. Im Vergleich zu den sogenannten alten Bundesländern kann hiervon gerade mit Blick auf Gehälter und Löhne allerdings nach wie vor keine Rede sein. Die Thüringer AfD setzt sich daher für eine besondere Förderung der Wirtschaftsstruktur der neuen

Bundesländer ein, etwa durch Reduktion von Körperschafts- und Gewerbesteuer und bestimmten Regionen.